

**Fragestunde
gemäß § 48 der Geschäftsordnung
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am 14. September 2017**

Alte Fragen

<p>Nr. 65</p>	<p>Peter Schulz AfD</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>An dem als Motorradstellplatz ausgewiesenen Parkplatz Friedrichstraße/Bahnhofstraße wurden, trotz der Zusicherung des Magistrats, bislang keine Maßnahmen ergriffen worden, die den unübersichtlichen Zustand beenden.</p> <p>Ich frage den Magistrat daher:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Welche Maßnahmen sollen konkret unternommen werden? 2. Wann ist mit der Durchführung dieser Maßnahmen zu rechnen?
<p>Nr. 81</p>	<p>Simone Koch CDU</p> <p>Dez. VII z.w.V.</p> <p>getauscht mit Frage Nr. 68</p>	<p>Das Online-Vormerksystem für Kinderbetreuungsplätze „WiKITA“ wurde entwickelt, um Eltern den zeitaufreibenden Parcours durch die verschiedenen Betreuungseinrichtungen zu ersparen. Das eigene Kind kann in bis zu 10 Einrichtungen vorgemerkt werden. Sollte ein Betreuungsplatz vorhanden sein, informiert die jeweilige Kita die Eltern und lädt zum Gespräch ein. Vermehrt wird berichtet, dass Vormerkungen im System unbeantwortet bleiben und dass das regelmäßige Aufsuchen der gewünschten Einrichtungen durch die Eltern Auswirkungen auf die Vergabe hat.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Stimmt es, dass Vormerkungen von Eltern gänzlich unbeantwortet bleiben? 2. Trifft es zu, dass es trotz der Einführung von „WiKITA“ nach wie vor eine Rolle spielt, wie oft Eltern in der Kita vorstellig werden? 3. Wie kann sichergestellt werden, dass Eltern in angemessenem Abstand vor Rückkehr in den Beruf eine Platzzusage erhalten? 4. Welche Erfahrungen sind aus anderen Städten mit ähnlichen Systemen bekannt?

<p>Nr. 75</p>	<p>Anita Hebenstreit SPD</p> <p>Dez. II z.w.V.</p> <p>getauscht mit Frage Nr. 69</p>	<p>Einer Pressemitteilung des Pressereferates der Landeshauptstadt Wiesbaden vom 18. Februar 2016 war zu entnehmen, dass vermehrt Ratten im Stadtgebiet gesichtet wurden und entsprechende Hinweise an das Ordnungsamt mit der Bitte um weitere Veranlassung gerichtet wurden.</p> <p>Nach den gesetzlichen Vorgaben der Schädlingsbekämpfungsverordnung ist jeder Grundstückseigentümer verpflichtet, einschlägige Maßnahmen zur Schädlingsbekämpfung einzuleiten. Dies sollte jedoch erst nach der gesetzlich vorgeschriebenen Meldung an das Ordnungsamt erfolgen.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wie oft wurde das zuständige Dezernat in 2016 und 2017 zu diesem Thema von Bürgerinnen und Bürgern über entsprechende Beobachtungen informiert? 2. Gab bzw. gibt es Stadtteile, die besonders betroffen waren? 3. Welche Maßnahmen wurden in welcher Häufigkeit 2016 und 2017 auf städtischen Flächen durchgeführt? 4. Wie sieht die aktuelle Situation in Wiesbaden aus (private und öffentliche Flächen)?
<p>Nr. 72</p>	<p>Christian Bachmann FW/BLW</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>In einigen Städten können Carsharing-Fahrzeuge auf öffentlichen Parkplätzen im Rahmen von Park-Verträgen (Sondertarife oder Pauschalabgeltungen) abgestellt werden. Für die Attraktivität sind einfache und vielfältige Abstellmöglichkeiten aufgrund der Tauschsystematik wichtig. Ohne Privilegierung von Carsharing-Fahrzeuge verschärft sich der Parkdruck im öffentlichen Raum.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wie bewertet der Magistrat die rechtlichen Rahmenbedingungen einer Parkflächen-Privilegierung des Carsharings im Rahmen der StVO, wo besteht ggf. eine solche Regelung bereits und wo ist sie ggf. geplant? 2. Mit welchen Carsharing-Unternehmen hat die Stadt Parkverträge und wie hoch sind die Einnahmen? 3. Wie bewertet der Magistrat die Auswirkungen des Carsharings in Wiesbaden auf den Parkdruck im öffentlichen Raum? 4. Wie beurteilt der Magistrat die langfristige Entwicklung des Carsharings?

<p>Nr. 79</p>	<p>Mechthilde Coigné L&P</p> <p>Dez. VII z.w.V.</p> <p>getauscht mit Frage Nr. 73</p>	<p>Im Gebäude der früheren Rettungswache des Arbeiter-Samariter-Bunds (ASB) in Mainz-Kostheim am Mainzer Weg war ein seit Jahrzehnten geforderter Jugendtreff geplant. In der Ortsbeiratssitzung am 16.8.17 erklärte Dezernent Manjura, dass umgeplant werden muss, da der ASB seine Bereitschaft zur Trägerschaft des Jugendtreffs zurückgezogen hat.</p> <p>Sind die Bemühungen der Stadt Wiesbaden, dass das vom ASB genutzte Gebäude für einen Jugendtreff zur Verfügung steht, damit beendet? Wenn nicht, was ist geplant?</p> <p>Sollte es zu einem Verkauf des Grundstücks und des ehem. Rettungswache-Gebäudes durch die Stadt Mainz kommen, nimmt die Stadt Wiesbaden dann das Vorkaufsrecht wahr?</p> <p>Gibt es Alternativen für die Einrichtung eines Jugendtreffs in Mainz-Kostheim? Was ist diesbezüglich geplant?</p> <p>In welcher Höhe müssten Mittel in den Haushaltsplan 2018/2019 für die Einrichtung und die Trägerschaft eines Jugendtreffs in Kostheim durch die LHW Wiesbaden eingestellt werden?</p>
<p>Nr. 69</p>	<p>Michaela Apel SPD</p> <p>Dez. VI z.w.V.</p> <p>getauscht mit Frage Nr. 75</p> <p>Beantwortung in der Sitzung am 16.11.2017</p>	<p>Am 9. September 2017 ist das internationale Sommerfest geplant. In der Vergangenheit hatte es zu der Frage, wer der offizielle Veranstalter dieses Festes ist und wie sich dementsprechend Haftungsfragen usw. gestalten ein Rechtsgutachten gegeben, dass in den Geschäftsgang der Stadtverordnetenversammlung gegeben worden ist.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Welche Schlüsse hat der Magistrat aus dem Rechtsgutachten bzgl. der Durchführung und Organisation des internationalen Sommerfestes gezogen? 2. Auf welcher Rechtsgrundlage werden von den Standbetreibern des Internationalen Sommerfestes auch in diesem Jahr Standgebühren erhoben?

Neue Fragen

<p>Nr. 76</p>	<p>Jürgen Wernergold AfD</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Im Stadtparlament antwortete Stadtrat Kowol als Dezernent für Umwelt und Verkehr am 29.6.17 auf die Frage von Frau Weinerth (CDU), wie viele Beschwerden es über Straßenmusik in Wiesbaden im Jahr 2016 gegeben habe: „Bei der Straßenverkehrsbehörde gab es im Jahr 2016 eine Beschwerde (im Jahr 2015 sechs Beschwerden).“</p>
----------------------	--	---

		<p>In einem Artikel der Welt mit dem Titel „Lärmbelästigung durch Straßenmusik nimmt stark zu“ vom 17.7.16 heißt es: „Einen Anstieg können auch die Behörden in Wiesbaden verzeichnen: Gab es 2014 57 Beschwerden, waren es 2015 schon 111.“</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wie kommen die erheblich voneinander abweichenden Beschwerdezahlen aus der Stellungnahme des Dezernenten Kowol und dem Artikel aus Welt vom 17.7.16 zustande? 2. Werden Beschwerden von Bürgern nach Behörden getrennt voneinander erfasst, egal ob es sich um den gleichen Beschwerdegrund handelt? 3. Falls Beschwerden nach Behörden getrennt erfasst werden, warum berücksichtigte Herr Kowol diesen Umstand in seiner Antwort nicht?
Nr. 77	<p>Dimitri Schulz AfD</p> <p>Dez. IV z.w.V.</p>	<p>Die Brandkatastrophe im Londoner Grenfell Tower vom 14.6.2017 hat 80 Menschenleben gefordert und ist maßgeblich auf eine in Brand geratene Fassadenisolierung aus Polystyrol zurückzuführen. Als Reaktion auf die Katastrophe bat der hessische Wirtschaftsminister Al-Wazir in einer Mitteilung vom 30.6.2017 alle hessischen Kommune und kreisfreien Städte um eine zeitnahe Überprüfung aller vor 1984 gebauten Hochhäuser.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. In welchem Stadium befindet sich die Überprüfung des Hochhausbestands der Landeshauptstadt Wiesbaden? 2. Wie viele ordnungsrechtliche Maßnahmen wurden gegen Hauseigentümer aufgrund von festgestellten Brandschutzmängeln seit 2010 seitens der Landeshauptstadt Wiesbaden verhängt? 3. Die Architekten- und Stadtplanerkammer Hessen fordert ein Verbot von Polystyrol-Dämmungen ab einer Gebäudehöhe von 7m. Wird sich auch der Magistrat in der aktuellen Novelle der Hessischen Bauordnung für ein Verbot von Polystyrol-Dämmungen ab einer Gebäudehöhe von 7m einsetzen?
Nr. 78	<p>Wolfgang Gores CDU</p> <p>Dez. VII i.V.m. Dez. III z.w.V.</p>	<p>Seit vielen Jahren hilft die Wiesbadener Jugendwerkstatt (WJW) Menschen, die es schwer haben, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren oder zu reintegrieren. Hierfür bietet sie in den Bereichen Berufsvorbereitung, Ausbildung/Umschulung sowie Beschäftigung Angebote an und unterstützt die betroffenen Personen beim Übergang in den Beruf.</p>

		<p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wie viele Personen haben sich bei der WJV von 2012 bis 2017 für einen Ausbildungsplatz beworben (aufgeschlüsselt nach Jahren)? 2. Wie vielen dieser Personen wurde der Ausbildungswunsch negativ beschieden (aufgeschlüsselt nach Jahren)? Was waren die Gründe für die Ablehnung?
Nr. 73	<p>Hartmut Bohrer L&P</p> <p>Dez.I z.w.V.</p> <p>getauscht mit Frage Nr.79</p>	<p>Am 16.6.17 war in der Presse zu lesen, dass GOP-Geschäftsführer Olaf Stegmann zur mehrfach angekündigten, aber nicht erfolgten, Vorstellung der GOP-Planung zur Nutzung des Walhalla erklärte: "Wir haben nie einen Termin ausgemacht, bestätigt oder gewünscht." Und: "Wenn die 50000 € (Miete) monatlich wahr sind...dann brauchen wir gar nicht mehr weiter darüber sprechen."</p> <p>Wie erklärt der Magistrat die Tatsache, dass mehrfach die Vorstellung der GOP-Planung auf der TO des Kulturausschusses stand, dann aber nicht erfolgte? Wie beurteilt der Magistrat die Tatsache, dass SEG-Geschäftsführer Andreas Guntrum immer wieder gerade unter finanziellen Gesichtspunkten für GOP warb, wenn diese gar nicht in der Lage ist, die angesichts der Sanierungskosten genannte Monatsmiete von 50000 € zu zahlen? Was hat Walhalla Studio Wiesbaden, deren Planung im Ausschuss vorgestellt wurde, zur Miethöhe erklärt?</p>
Nr. 80	<p>Petermartin Oschmann fraktionslos</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Die Stadt Wiesbaden will nach dem Willen der Kooperationspartner die Bewirtschaftung ihres Stadtwaldes nach den Kriterien des FSC (Forest Stewardship Council) fortsetzen. Verbunden ist dies mit einem aufwendigen Zertifizierungsverfahren.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Ist dem Magistrat die unter Verschluss gehaltene Studie des Landesbetriebes "Hessenforst" bekannt, die sich kritisch mit der FSC-Zertifizierung auseinandersetzt? 2. Teilt der Magistrat die nach Presseberichten in dieser Studie vertretene Auffassung, der ökologische Nutzen einer zusätzlichen Zertifizierung für den Wald sei zu gering und rechtfertige nicht ihren hohen Mehraufwand? 3. Sind dem Magistrat auch ökonomische Bedenken bekannt, die seitens der Holzabnehmer (Industrie und Sägewerke) geäußert werden, weil durch die Auflage von FSC, die Holzkette vom Wald bis zum Endverbraucher lückenlos nachzuweisen, höhere Kosten und großer bürokratischer Aufwand entstehen, die bei Abnahme dieses Rohstoffes nicht auf die Preise umgelegt werden können?

<p>Nr. 68</p>	<p>Nicole Röck-Knüttel CDU</p> <p>Dez. V z.w.V.</p> <p>getauscht mit Frage Nr. 81</p>	<p>Im Kooperationsvertrag ist festgehalten, dass der Außendienst des Umweltamtes um zwei Personalstellen verstärkt wird, um wirksamer Obstdiebstähle, illegale Wegenutzung, Verunreinigungen durch Hundekot etc. zu unterbinden. Die Obsternte ist in vollem Gange, daher ist eine zügige Besetzung der Stellen angebracht. Eine Ausschreibung erst nach der Ernte ist in Bezug auf den Obstdiebstahl nicht zielführend.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wurden die Stellen schon besetzt? 2. Wenn ja, seit wann sind sie besetzt und in welchen Stadtteilen waren die Mitarbeiter zu welchem Zweck unterwegs? 3. Wenn nein, warum sind die Stellen noch nicht besetzt und wann werden sie besetzt?
<p>Nr. 82</p>	<p>Nicole Röck-Knüttel CDU</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>An der Grorother Straße wurden Plakate der SPD aufgestellt. Bei den örtlichen Landwirten kam die Frage auf, warum das Aufstellen der Wahlplakate genehmigt wird, aber Ankündigungen für Hoffeste mit Verweis auf den Standort im Landschaftsschutzgebiet nicht genehmigt werden. Gleiches gilt für Werbeaufsteller der benachbarten Obstverkaufsstände, die lediglich viel kleiner ausfallen dürfen, weil die Kraftfahrer sonst abgelenkt werden würden.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Warum sind Wahlplakate im Landschaftsschutzgebiet erlaubt, aber Ankündigungen für Feste bzw. für Obstverkaufsstände nicht? 2. Gibt es Untersuchungen darüber, dass Wahlplakate Kraftfahrer weniger ablenken als temporär aufgestellte Werbehinweise für Obstverkaufsstände?
<p>Nr. 83</p>	<p>Robert Lambrou AfD</p> <p>Dez. II z.w.V.</p>	<p>Der Antrag der AfD Fraktion in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Februar 2017 forderte die Einrichtung von Arrestzellen in der neuen Dienststelle der Stadtpolizei in der Mauritiusgalerie. Der Antrag wurde von den anderen Fraktionen entschieden zurückgewiesen. Es hieß, Arrestzellen seien aufgrund der Sicherheitslage in Wiesbaden nicht nötig. Darüber hinaus sei eine in Gewahrsamnahme durch die Stadtpolizei aufgrund der Bestimmungen des § 32 HSOG nicht zulässig.</p> <p>In diesem Zusammenhang frage ich den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Trifft es zu, dass in der neuen Zentrale der Stadtpolizei mehrere kleine Lagerräume, in Fachkreisen „umbaute Warteräume“ genannt, eingerichtet werden? 2. Stimmt es, dass diese kleinen Lagerräume planungs- und bautechnisch ganz bewusst so

		<p>konstruiert sind, dass sie sich schnell in Arrestzellen umbauen lassen?</p> <p>3. Was hat seit der Forderung der AfD-Fraktion vom 16. Februar 2017 zu einem Umdenken und gesteigertem Interesse an Arrestzellen bei der Stadtpolizei geführt?</p>
Nr. 84	<p>Brigitte Forßbohm L&P</p> <p>Dez. IV z.w.V.</p>	<p>Im Mai 2007 wurde ein integriertes Handlungs- und Entwicklungskonzept für ein Wohnquartier auf dem ehem. Industriearéal LINDE beschlossen.</p> <p>Im Juli 2016 stellte der Investor eine Planung vor, die 800 Wohnungen mit ca. 80.000 m² Wohnfläche vorsieht. Seitens der GWW wurde mitgeteilt, sie habe ein Teilgrundstück erworben und beabsichtige, dort 150 geförderte Wohnungen mit einer Wohnfläche von über 10.000 m² zu bauen. Für das 3. Quartal 2017 wurde die Verabschiedung eines Bebauungsplans angekündigt.</p> <p>Wie viele und welche Besitzer-/Investorenwechsel der Grundstücke hat es bislang gegeben? Wieso hat die Stadt nicht von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch gemacht? Wie ist der derzeitige Stand in Bezug auf die Bebauung des Areals? Welche Maßnahmen kann und wird die Stadt ergreifen, um eine zeitnahe Bebauung zu gewährleisten? Unter welchen Bedingungen wäre ein Rückkauf des gesamten Geländes durch die Stadt bzw. stadteigene Gesellschaften möglich?</p>
Nr. 85	<p>Jörg Sobek L&P</p> <p>Dez. II z.w.V.</p>	<p>"Im Einkauf liegt der Gewinn" heißt es und so finden sich - zum Nachteil der regelkonformen Betriebe - immer wieder Erzeuger, Händler und Gastronomen, die bewusst gegen Gesetze verstoßen. Die Folge sind Gammelfleisch, Rückstände von Antibiotika, Fipronil, Glykol, Herbiziden, Hormonen, Pestiziden, aber auch abgelaufene und umetikettierte Mindesthaltbarkeitsdaten, falsche Deklaration und irreführende Werbung, Mogelpackungen und pfandfreie Billigdosen.</p> <p>Im Interesse der Verbraucher ist eine systematische Überwachung erforderlich.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wie ist die Lebensmittelüberwachung in Wiesbaden organisiert? 2. Wie viele Betriebe entfallen auf einen Kontrolleur? 3. Wie häufig werden verdachtsunabhängige Prüfungen durchgeführt? 4. Wie viele Verstöße wurden 2016 verzeichnet? Ist die Tendenz rückläufig oder zunehmend? 5. Wie kann sich der Verbraucher über geprüfte Betriebe informieren? Wie bewertet die Stadtverwaltung eine Kennzeichnung von Ladengeschäften z.B. nach einem Ampelsystem?

<p>Nr. 86</p>	<p>Alexander Winkelmann FDP</p> <p>Dez.V z.w.V.</p>	<p>Die Rheinlandstr. ist eine wichtige Verbindungsstraße aus Sonnenberg zur B455 und zurück durch das amerikanische Wohngebiet. Sie befindet sich momentan in einem sehr schlechten Zustand. Es wurden in letzter Zeit kleine Ausgleichsmaßnahmen vorgenommen, die den Zustand der Straße aber nicht wesentlich verbessern.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wann ist die Grundinstandsetzung der Straße geplant? 2. Ist es möglich auf Grund der Lage im amerikanischen Viertel Förderungen durch Bund oder Land zu erhalten?
<p>Nr. 87</p>	<p>Lucas Schwalbach FDP</p> <p>Dez. V i.V.m. Dez.II z.w.V.</p>	<p>Die Aufteilung der Stadtpolizei in Verkehrsüberwachung und sonstige Ordnungsangelegenheiten hat in der Stadtbevölkerung für Verwirrung gesorgt. Bürgerinnen und Bürger haben mir berichtet, dass sie die neuen Zuständigkeiten nicht verstehen. Gleichzeitig berichtete die Presse, dass sich viele Bürger über mangelnde Parkausweiskontrollen beschwerten, was mit den Umstrukturierungen in der Verwaltung und damit einhergehendem Personalmangel in Verbindung gebracht wird.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Welche Gesamtkosten fallen durch die Aufteilung der Stadtpolizei in Verkehrsüberwachung und sonstige Ordnungsangelegenheiten, insbesondere für die nötigen Umrüstungen in der Ausstattung (Dienstkleidung, Wagenkennzeichnung, Briefsiegel, etc.) an? 2. Wie gedenkt der Magistrat, die für die Bürger intransparenten Zuständigkeiten besser verständlich zu machen? 3. Hält der Magistrat die erfolgte Aufteilung für gelungen und beurteilt er die Aufspaltung als erfolgreich?
<p>Nr. 88</p>	<p>Dr. Eckhard Müller AfD</p> <p>Dez. I z.w.V.</p>	<p>Die Landeshauptstadt Wiesbaden ist Mitglied im „Wiesbadener Bündnis für Demokratie“. Als solches trägt sie automatisch alle Veröffentlichungen und Aktionen des Bündnisses mit.</p> <p>Das Bündnis demonstriert am Sonntag, den 10.9.2017 am Bürgerhaus Erbenheim gegen eine Wahlkampfveranstaltung der AfD Wiesbaden. Im Aufruf heißt es unter anderem, dass die AfD „demokratiefeindliche Gedanken und Ideologien“ vertritt.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p>

		<ol style="list-style-type: none">1. Verletzt die Landeshauptstadt Wiesbaden (LHW) nicht ihre Neutralitätspflicht, wenn sie als Mitglied im Bündnis faktisch auch selbst gegen die Wahlkampfveranstaltung einer demokratischen Partei demonstriert, die bei der Kommunalwahl 2016 mit einem Ergebnis von 12,8 Prozent durch die Wähler demokratisch legitimiert wurde?2. Ist die LHW der Meinung, dass die AfD Wiesbaden demokratiefeindliche Gedanken und Ideologien vertritt?3. Wie beurteilt die LHW die Sachbeschädigungen durch Graffiti im Vorfeld der Veranstaltung, durch die sie selbst geschädigt wurde.
--	--	--